Amtliche Bekanntmachung

81 K 56/25

Amtsgericht Düsseldorf

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 10.12.2026, 09:30 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 1.102, Werdener Straße 1, 40227 Düsseldorf

folgender Grundbesitz:

Teileigentumsgrundbuch von Oberbilk, Blatt 17764,
BV lfd. Nr. 1
300/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Oberbilk, Flur 6, Flurstück 3, Gebäude- und Freifläche, Adersstraße 43, Größe: 488 m²
verbunden mit dem Sondereigentum an den im Aufteilungsplan mit Nr. 1 gekennzeichneten als Gewerbefläche dienenden Räumen im Kellergeschoss und Erdgeschoss

versteigert werden.

vermietete Gewerbeeinheit im Keller- und Erdgeschoss gelegen, mit folgender Aufteilung und Nutzfläche entsprechend Zeichnungen der Abgeschlossenheit: EG: Laden, Lager/ Durchfahrt, Lager/ Ausstellung, Werkstatt, Ausstellung, Sozialraum mit rd. 378 m² Nutzfläche und KG: 4 Lager, Flur, Keller mit rd. 76 m² Nutzfläche, derzeit genutzt als Motorradverkauf und -werkstatt.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 27.02.2026 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

480.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.